

SCHWEIZ

16



Foto: Gian Ehrenzeller/Keystone

In Pontresina gehören 58 Prozent der Wohnungen Auswärtigen

Zu teuer zum Leben

In vielen Schweizer Ferienorten finden Einheimische kaum mehr bezahlbare Wohnungen. In Pontresina will die Gemeindepräsidentin eine Sondersteuer einführen – und legt sich mit allen an

VON STEFANIE HABLÜTZEL

Der Widerstand entlud sich am 8. Dezember im großen Saal des Kongresszentrums von Pontresina. Auf der Bühne stand, mutterscelenallein, die Gemeindepräsidentin Nora Saratz Cazin und versuchte den 300 Leuten im Saal den Ernst der Lage zu vermitteln. Beobachtet wurde sie dabei von rätomanischen Fernsehern.

Die zentrale Botschaft des Abends stand fett markiert auf einer Folie: «Es besteht dringender Handlungsbedarf!» Es fehlte im Dorf an bezahlbaren Wohnungen. Junge Menschen und Familien verließen deshalb den Ort: «Die Gefahr ist groß, dass das Leben aus dem Dorf verschwindet.»

Dann ließ die Gemeindepräsidentin «die Bomben platzen, wie sie später sagen wird: Sie präsentierten die Idee einer neuen Zweitwohnungssteuer. Wer seine Wohnung jährlich mehr als sieben Monate leer stehen lässt, soll künftig eine Abgabe zahlen. Je nach Leerstands-Dauer und Wert der Immobilie wären das einige Hundert bis mehrere Tausend Franken pro Jahr. Das Geld würde in eine gemeindeeigene Stiftung fließen, die wiederum für bezahlbaren Wohnraum in Pontresina sorgt.

Die allermeisten Einheimischen blieben still. Dafür trat ein Ferienwohnungsbesitzer nach dem andern ans Mikrofon und wurde vom Saal beklatscht. Eine «Diskriminierung der Zweitwohnungsbesitzer» sei das, witterte ein Deutscher. Andere drohten mit dem Boykott des lokalen Gewerbes. Eine Rednerin zeigte auf die Einheimischen und sagte: Ihr seid selbst schuld, wenn ihr euer Eigentum so teuer verkauft.

Zwei Monate später. Ein Treffen mit Nora Saratz Cazin. Sie steht in der Kritik. Ihre Idee hat es bis in die nationalen Medien geschafft: vom *Blick* über das SRF bis zur *NZZ*. An den denkwürdigen Anlass erinnert sie sich sehr gut: Immer wieder sei der Vorwurf gekommen, der Informationsabend sei eine Farce, der Entscheid bereits gefällt. Besonders «unschön und deplaziert» seien die vereinzelt Buhrufe gewesen, als ein Einheimischer die Zweitwohnungsbesitzer mitverantwortlich für das Problem machte.

Der Dezemberabend in Pontresina zeigte die dunklen Seiten eines lukrativen Geschäfts. Seit Jahrzehnten boomt das Business mit den Ferienwohnungen. Davon profitieren nicht nur die Hausbesitzer, sondern auch die Gemeinden. Grundstück-, Liegenschafts- und Handänderungssteuer spielen Millionen Franken in die Kassen. Dafür bezahlen die Dörfer und ihre Einwohner einen hohen Preis: In Pontresina leben die 2.100 Einheimischen heute nur noch in 42 Prozent der Wohnungen. 58 Prozent der Immobilien werden als Ferienwohnungen genutzt, manchmal nur ein paar Wochen im Jahr.

Pontresina und das mondäne Obere Engadin sind kein Einzelfall. In der ganzen Schweiz häufen sich die Meldungen aus Tourismus-Hotspots, in denen Mieter ihre günstigen Wohnungen räumen müssen, weil sie an zahlungskräftige Interessenten verkauft werden. Laut einer Studie des Bundes verschwanden in den Tourismusregionen 3.000 bis 5.000 günstige Wohnungen vom Markt – allein in den fünf Jahren zwischen 2016 und 2021. In Pontresina sind seit 2017 rund 40 Wohnungen vom Markt für Einheimische verschwunden. Neu gebaut wurde weniger, wie eine Analyse der Gemeinde vom vergangenen Herbst zeigt.

«Irgendwann kippt die Situation», befürchtet die Gemeindepräsidentin Saratz Cazin. Nicht nur unter den Einheimischen, auch unter den Touristen. Wenn man die Gäste frage, wieso sie nach Pontresina kommen, sagt Saratz Cazin, dann laute die Antwort häufig: «Weil Pontresina noch lebendig ist, weil Kinder durch die Straßen rennen und Schneeballschlachten machen.» Doch das Dorf überaltert langsam: «Die meisten Zuzüger sind Leute kurz vor oder nach der Pension.» Vor allem Familien können sich laut Saratz ein Leben in Pontresina nicht mehr leisten. Heute leben weniger Einheimische in Pontresina als noch vor zehn Jahren. Das müsse auch die Zweiteinheimischen kümmern, sagt Saratz Cazin: «Wenn Pontresina zu einem Retorten-Dorf wird, verliert der Ort an Attraktivität, das Wohlbefinden der Menschen leidet, und die Liegenschaften verlieren an Wert.» Auch die Ferienwohnungen.

Vom lukrativen Geschäft mit den Zweitwohnungen profitieren viele

Das steigende Symbol für den überhitzten Wohnungsmarkt im Engadin steht am Dorfrand von Celerina. Vor zwei Jahren berichteten das Schweizer Radio und die *Engadiner Post*, dass das Mehrfamilienhaus Chesa Faratscha zu einer Luxusresidenz mit geheiztem Outdoor-Schwimmbecken umgebaut werden soll. 22 bezahlbare Wohnungen verschwanden. Die ehemaligen Bewohner wohnen heute in alle Himmelsrichtungen verstreut. In Celerina selbst fanden nur fünf Parteien eine neue Bleibe. Im Internet lassen sich die Pläne der Zuger Immobilienfirma bestaunen. Das Projekt Trais Sulais – auf den Renderings parkiert bereits der Ferrari vor dem Haus – wirbt mit zwölf «Luxury Residences» als «solides Investment in einer atemberaubenden Umgebung». Kostenpunkt pro Wohnung: ab fünf Millionen Franken.

Es ist umstritten, ob es Trais Sulais überhaupt geben darf. 2012 entschied die Schweizer per Volksinitiative, den Anteil der Ferienwohnungen in allen Gemeinden auf 20 Prozent zu beschränken. Wo diese Marke bereits überschritten ist, gilt seither ein Neubau-Verbot für Ferienwohnungen –

in Celerina liegt der Anteil bei knapp 70 Prozent. Doch das nationale Parlament baute im Gesetz ein Schlupfloch ein: Alle Wohnungen, die vor dem Abstimmungstag, dem 11. März 2012, bereits existierten, dürfen weiterhin als Zweitwohnungen verkauft werden. Vera Weber, die damals die Zweitwohnungs-Volksinitiative mitdanciert hatte, und ihre Stiftung Helvetia Nostra haben deshalb Beschwerde gegen die Baubewilligung für das Luxusprojekt in Celerina eingelegt. «Es war nie die Idee der Initiative, dass Einheimische ihre Wohnungen verlieren, weil daraus Luxuswohnungen entstehen», sagte Weber im vergangenen März gegenüber der *Engadiner Post*. Momentan beschäftigt sich das Bündner Verwaltungsgericht mit dem Fall.

Im Engadin wurde die Zweitwohnungsinitiative damals abgelehnt. Doch vom lukrativen Geschäft, das aus der Annahme entstanden ist, profitieren heute viele, zum Beispiel die Bergbahnen Engadin St. Moritz Mountains. Unter den Aktionären finden sich mehrere Engadiner Gemeinden, darunter Pontresina. Der Firma gehörte bis vor einem Jahr ein wuchtiges Mehrfamilienhaus in Pontresina, dessen Fassade Motive im Engadiner Stil schmückten: die Chesa Diavolezza. Das Haus ist in die Jahre gekommen, nur noch an einigen der 15 Briefkästen kleben Namen – alles Zwischennutzungen. An der Hausecke hängt ein kleines Schild und verrät, was hier Neues entsteht: «Ihr Rückzugsort im Engadin. Wo Tradition auf Moderne trifft.» Mit zehn Ferienwohnungen im «Zeitlos-Alpin-Chic».

Zum Verkauf sagt der Bergbahn-Chef Markus Meili: «Wir hatten als Bergbahn die seltene Möglichkeit, auch einmal von diesem gigantischen Immobilienboom zu profitieren.» Also hätten sie ihr ehemaliges Personalhaus «zum höchstmöglichen Preis» verkauft: Der Erlös fließe in den Bau eines zwölf Millionen Franken teuren Speichers für die Kunstschneeherstellung.

Die neue Besitzerin ist eine Investmentfirma aus Schaffhausen. Mitaaktionär Fredi Wohlwend leitet das Umbauprojekt. Ausschlaggebend für den Kauf sei die Lage in Pontresina gewesen, sagt er: «Die gute Baubestand und die Möglichkeit, Wohnungen in einem attraktiven Preissegment anbieten zu können.» Wo früher Einheimische für 1.300 Franken pro Monat wohnen konnten, wird nun eine 4,5-Zimmer-Wohnung für 2,2 Millionen Franken verkauft. Diesen Frühling soll der Umbau starten. Einzig zwei Wohnungen im Erdgeschoss sind für Einheimische reserviert. Beide sind bereits verkauft. Ein Schnäppchen waren auch sie nicht, obschon Wohlwend sagt, der Preise sei «15 bis 20 Prozent niedriger als bei den Ferienwohnungen» gewesen.

Auf die Frage, ob er mit diesem Projekt eine Mitschuld am Pontresiner Wohnungsproblem trage, antwortet Wohlwend mit einer Gegenfrage:

«Wer war zuerst da, das Huhn oder das Ei?» Also der Verkäufer oder der Käufer? Weil der Kaufpreis der Liegenschaft so hoch war, hätten sie gar nichts anderes als mehrheitlich Zweitwohnungen realisieren können. Im Engadin günstiger zu bauen, sei nur möglich, wenn der Staat einspringe: «Ein möglicher Ansatz wäre, dass die Gemeinde Land erwirbt und dieses im Baurecht abgibt.» Und Bergbahn-Chef Meili sagt: «Aus meiner Sicht ist es blödsinnig, was da heute bezahlt wird.» Gleichzeitig sei er als Bergbahn-Chef nicht für den günstigen Wohnraum im Hochtal verantwortlich. Sein Job sei es, dafür zu sorgen, dass es seiner Firma, «diesem touristischen Lead-Unternehmen», wie er es nennt, gut gehe: «Sonst haben die Leute keine Arbeit mehr.» Auch jene, die von den Bergbahnen indirekt abhängig seien – und dann brauchen auch keine bezahlbaren Wohnungen mehr.

Der politische Druck, die Dinge zu ändern, bleibt klein

Wer also ist schuld an der Wohnungsmisere? Für Meili, und wie er denken viele im Engadin, sind es die Flachländer, welche die Bergkantone überstimmt und die Zweitwohnungsinitiative durchgedrückt hätten. Diese habe das bewährte Engadiner Modell zerstört: Bis 2012 durfte im Obere Engadin jährlich nur eine beschränkte Anzahl neuer Ferienwohnungen gebaut werden. Einzelne Gemeinden zwangen die Bauherren dazu, in jedem neuen Ferienhaus auch Wohnungen für Einheimische zu realisieren. Geholfen hat das nur wenig. Kurz vor der Abstimmung schrieb die Nachrichtenagentur Keystone-SDA: «Wohnungen im Obere Engadin zu teuer für Einheimische.»

Damian Jerjen, der Direktor des Schweizer Raumplanungsverbandes EspaceSuisse, findet eine solche Schuldzuweisung zu einfach: «Die Initiative verbietet zusätzliche Zweitwohnungen in den betroffenen Gemeinden.» Das Parlament habe dann – quasi zum Ausgleich – im Gesetz verschiedene Ausnahmen definiert, darunter die Garantie, dass bereits bestehende Wohnungen frei in der Nutzung sind und um einen Drittel vergrößert werden können. Die Immobilienbranche frohlockte, hatte doch das Parlament das Recht auf maximalen Profit festgeschrieben. Die Risiken waren bekannt. Die Schweizer Regierung warnte bereits damals in ihrem Bericht zum neuen Gesetz: Es bestehe die Gefahr, dass Einheimische ihre Wohnung im Ortskern «an Auswärtige verkaufen». Einheimische würden so aus den Dorfkernen gedrängt oder sogar zur Abwanderung gezwungen, «weil Erstwohnungen knapper und tendenziell teurer werden».

Martin Aepli amtierte 16 Jahre lang als Gemeindepräsident von Pontresina. Heute präsidiert der 61-Jährige den Obere Engadiner Hauseigentümer-

verband und ist strikt gegen die neue Steuer, die seine Nachfolgerin einführen will: «Das gibt nur Krieg im Dorf und keine neuen Wohnungen.» Und sowieso: «Schon heute zahlen Besitzer einer Ferienwohnung mehr Steuern als Einheimische.» Trotzdem beschäftigt den diplomierten Bauführer, der heute als Unternehmensberater arbeitet, der Wohnungsmangel. Weil Engadiner Unternehmen ohne bezahlbare Wohnungen auch keine Mitarbeiter finden, hat er vor zwei Jahren im Auftrag der Region Maloja eine Studie verfasst: *Standortentwicklung – Wohnraum für Einheimische in der Region Maloja*. Fein säuberlich präsentiert das Papier einen Werkzeugkasten mit 14 Maßnahmen: von der Förderung von Genossenschaften über Maßnahmen gegen die Baulandhortung bis zu strengen Regeln für die Umnutzung von Erst- in Zweitwohnungen. Und was hat die Studie bewirkt? Aepli schlägt die Hände vors Gesicht: «Sie hatte keine Wirkung. Wir durften den Inhalt zweimal der Region präsentieren, und sie hat dann eine Arbeitsgruppe eingesetzt.» Bis heute fehle der politische Druck, damit sich etwas ändere.

Tatsächlich zeigt sich: Alle Maßnahmen, die den Profit der Immobilienbesitzer schmälern, haben es hier schwer. Im vergangenen Frühling lehnte zum Beispiel die Gemeindeversammlung in Pontresina eine Initiative ab, die in Ferienhäusern einen Drittel Erstwohnungen forderte, sobald das Gebäude neu gebaut oder erweitert wird. Dafür wurde eine neue staatliche Stiftung gegründet, die Bauland kaufen will, um den Boden für den Bau von günstigen Wohnungen abzugeben.

Aber dafür braucht es Geld. Zum Beispiel von den Zweitwohnungsbesitzern. Bis Ende Januar nahm die Gemeinde Pontresina Rückmeldungen zu geplanten Zweitwohnungssteuer entgegen. Der Briefkasten von Nora Saratz Cazin quoll über. Sie erhielt mehr als 700 Rückmeldungen. «Offenbar hat es diese Kontroverse gebraucht», sagt sie. Und auch in der lokalen Bevölkerung hallt der vornehmlichliche Informationsabend nach. «Ich war an diesem Abend ständig unter Adrenalin, weil ich gerne etwas gesagt hätte, mich aber nicht traute», sagt die Pontresinerin Nadine Godenzi-Koch. «Ich konnte nicht abschätzen, ob andere der gleichen Meinung sind», sagt die 35-Jährige, die in fünfter Generation im Dorf lebt: «Wir hatten das Thema zuvor zwar unter Kollegen, aber nie im größeren Rahmen diskutiert.» Also eröffnete sie einen WhatsApp-Chat, in dem innert weniger Wochen 120 Mitglieder zusammenkamen. Anfang Februar traten Godenzi-Koch und ihre Mitstreiter unter dem Namen *pontreviva* erstmals an die Öffentlichkeit mit dem Aufruf, angstlos über die Zukunft ihres Dorfs zu diskutieren und mitzubestimmen. Ihre Botschaft: In Pontresina soll es Platz für alle geben – auch für die Einheimischen.



Raus aus der Erschöpfung

Krisen, Kriege, Klima. Und dann noch der endlose Winter:
Was hilft gegen die große Müdigkeit? Die Wissenschaft nennt Auswege WISSEN



Foto: Matthew Donahood

MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ

Er ist wieder da

Noch ist Trump gar nicht im Amt, und schon fürchtet sich die halbe Welt. Ein Verteidigungsfall VON ANNA SAUERBREY

In den Kalendern der Regierungschefs, Ministerinnen und Generäle, die an diesem Wochenende zum rituellen Speeddating auf der Münchner Sicherheitskonferenz zusammenkommen, ist ein Tag mit dickem Filz rot umringelt: der 5. November 2024, der Tag der US-Wahl. Denn sollte Donald Trump erneut zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden, so die Annahme, würde das alles, alles, alles in der Welt der Sicherheitskonferenzteilnehmer verändern. Es wäre nicht einfach eine Wiederholung seiner ersten Amtszeit, sondern diesmal: Donald Trump – der Profi.

Trump beweist gerade eindrucksvoll, dass er, was die Sicherheit Europas betrifft, schon jetzt jeden Tag mehr zum US-Präsidenten wird. Der 5. November hat bereits begonnen.

Am 10. Februar hat Donald Trump in South Carolina vor Anhängern gesprochen. Irgendwann kam er auf die Nato zu sprechen und beklagte, wie so oft, die Europäer würden zu wenig und die USA zu viel zahlen. Während seiner Amtszeit, erzählte Trump, habe ihn einmal der Präsident eines europäischen Landes gefragt, ob die USA Europa denn im Fall eines russischen Angriffs schützen würden, auch wenn Europa zu wenig zur Nato beitrage. »Würde ich nichts«, habe er geantwortet. »Ich würde sie«, also Russland, »sogar ermutigen, zu tun, was auch immer zur Hölle sie tun wollen. Ihr müsst zahlen.« Ein amerikanischer Präsidentschaftsbewerber stellte nicht nur das Beistandsversprechen der Nato infrage, er animierte Russland, Europa anzugreifen.

Abstreckung beruht auf Waffen – und auf dem Glauben, dass sie eingesetzt werden

Nun spielt diese Szene erstens in Trumps präsidentieller Vergangenheit, zweitens im Konjunktiv, und drittens kommt sie von einem notorischen Angeber. So oder so ähnlich wird sich mancher Europäer beruhigen wollen. Doch wenn es um das Beistandsversprechen der Nato geht, ist jeder Konjunktiv ein Indikativer. Wird die Möglichkeit in den Raum gestellt, die Versicherung zu kündigen, darf sie als gekündigt gelten. Weil Abschreckung erstens auf Waffen beruht, aber zweitens auf dem festen Glauben, dass sie im Ernstfall auch eingesetzt werden.

Zudem bestimmt Trump auch auf andere Weise bereits heute aus dem Off die Sicherheits-

politik der USA mit. Seit Monaten versucht die Biden-Regierung, ein Paket mit Militärhilfen für die Ukraine durch das Parlament zu bekommen. Bislang haben Trumps Stellvertretermilizen im Kongress jeden Kompromiss zu Fall gebracht. Ein weiterer Versuch läuft – mit ungewissem Ausgang. Diese Handlungsunfähigkeit ist mittlerweile systemisch. Die amerikanische Demokratie ist zur Geisel radikaler Minderheiten geworden. Daran würde sich auch nicht allein dadurch etwas ändern, dass Trump die Wahl verliert. Es wäre eine lange, mühsame Heilung. Der Ukraine aber droht schon jetzt die Munition auszugehen. Und sobald das passiert, bewegt sich die Frontlinie nach Westen, dahin, wo wir wohnen.

Für Staaten wie Russland ist die Frage, ob sie einen großen Krieg führen oder nicht, eine Kosten-Nutzen-Rechnung, während das den Westeuropäern schlechthin unvorstellbar erscheint. Putins expansive, imperiale Agenda ist gesetzt, seine Frage ist lediglich: Kann ich mir den Krieg leisten? Schon 2014 beantwortete der russische Präsident diese Frage mit Ja. Er behielt recht und besetzt bis heute die Krim und Teile des Donbass. 2022 verrechnete er sich, aber bislang nicht existenziell. Ob sich der Krieg aus russischer Sicht am Ende »gelohnt« hat, ist offen. Angesichts von Trumps Off-Präsidentenschaft und der zunehmend sichtbaren Dysfunktionalität der US-Demokratie verändert sich diese Rechnung zu Putins Gunsten.

Europa ist jetzt allein zu Haus, es muss seinen Schutz unabhängig von den USA organisieren, die Abschreckung auch ohne amerikanische Versicherung herstellen und einen Sieg Putins in der Ukraine verhindern. Jetzt. Und weil man gewartet hat, bis der Ernstfall eintritt, wird das teuer und schmerzhaft. Sollte das amerikanische Ukraine-Hilfspaket im Kongress endgültig scheitern, werden zweistellige Milliardenbeträge fällig. Generell müssen die Verteidigungsbudgets weiter erhöht werden. Für Deutschland wird das heißen, die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben zu lockern. Hürden für den Ausbau der Rüstungsindustrie müssen beseitigt, Eifersüchteleien bei gemeinsamen Rüstungsprojekten beendet werden. Es darf auch nicht mehr Jahre dauern, Soldaten von Deutschland nach Litauen zu verlegen.

Ob das zu schaffen wäre? Die Zeit der Konjunktive ist vorbei!

ERDERWÄRMUNG

Sie sind wieder weg

Ob Greta Thunberg, Luisa Neubauer oder die »Letzte Generation« – der Klima-Aktivismus geht zu Ende. Was kommt dann? VON HANNAH KNUTH

Erinnern Sie sich? *Skolstrejk för klimatet*. Das stand auf dem ersten Plakat von Greta Thunberg. Eine simple Idee, auf ein Stück Pappe gekritzelt. Die Geburt von Fridays for Future. Der Beginn einer globalen Klimabewegung.

Was ist nur passiert? Sechs Jahre und hundert Proteste später kündigt die »Letzte Generation« an, bei der Europawahl anzutreten. Die Gruppe, die zuletzt für den radikalsten Klimaprotest stand, will ins Parlament, sie will Teil jenes Systems werden, gegen das sie zwei Jahre lang angekämpft hat.

Wie schön, denken jetzt bestimmt die Autofahrer unter Ihnen.

In Wahrheit aber verrät dieser Schritt etwas über den Zustand des Aktivismus. Und der ist nicht gut. Die Klimabewegung ist an ihr Ende gekommen. Sie hat nicht nur ihren Protest verloren. Sondern auch ihre Ideen. Man kann das an gleich drei Entwicklungen beobachten.

Da ist zum einen der Rückzug aus der Radikalität. Also: Parlament statt Klebstoff. Es hat sich ja nicht nur die »Letzte Generation« vom radikalen Protest verabschiedet. Auch Extinction Rebellion, die Gruppe, deren Mitglieder sich mal an den Kanzleramtszaun gekettet haben, sucht nach einer neuen Form. Viele Aktivist:innen sagen, dass sie an ihrem Aktivismus festhalten wollen. Nur wie, das wissen sie nicht.

Die Bewegung ist im Burn-out, aber dem Klima ist das egal

Was bleibt, sind zwei EU-Spitzenkandidaten und der Plan, einzelne Projekte und Veranstaltungen zu stören. Wie das aussieht, konnte man vergangene Woche in Leipzig sehen, bei einer Veranstaltung mit Christian Lindner. Da unterbrachen Aktivist:innen der »Letzten Generation« den Minister. Sie wurden von der Polizei aus dem Gebäude getragen. Ein fantasievolles Protest, der mehr an die Neunzigerjahre erinnert. Der Gründer von Extinction Rebellion, Roger Hallam, glaubt an eine noch sanftere Zukunftsstrategie: Er plädiert dafür, wieder Versammlungen abzuhalten, an Haustüren zu klopfen. Es ist die Abkehr von einem subversiven Protest.

Die zweite, ganz andere Entwicklung verkörpert Greta Thunberg. Die schwedische Gründerin der Fridays-for-Future-Bewegung hat sich inhaltlich radikalisiert und ist dabei so sehr auf

Abwege geraten, dass sie nicht mehr für das Klima kämpft, sondern mit Parolen gegen Israel. Erst im Januar besuchte sie ausgerechnet in Deutschland eine propalästinensische Kundgebung, in Leipzig.

Und dann ist da noch der deutsche Ableger von Fridays for Future. Die Bewegung, die schon lange nicht mehr freitags auf der Straße steht, geschweige denn, dass sie noch die Schule schwänzt, hat ihren zivilen Ungehorsam längst abgelegt. Sie ist in ihrer Form bekömmlich geworden. Und sie ist neuerdings in Gefahr, in ihrem Inhalt beliebig zu werden. So wie Greta Thunberg entfernt sich auch Luisa Neubauer von der Dringlichkeit der Klimakrise, wenn auch in entgegengesetzter Richtung.

Neubauer protestiert mittlerweile mit Ver.di für bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr. Sie tritt bei Solidaritätsdemos für Israel auf und spricht auf den Protesten gegen Rechtsextremismus. Die Bewegung ist eine Art Franchise für Future geworden. Gegen den Antisemitismus, gegen die AfD, für die Demokratie. Nur: Wo ist das Klima hin?

Der Klima-Aktivismus ist also an einem toten Punkt angekommen, auch weil viele Gruppen erschöpft sind. Müde. Politisch resigniert.

Die Sache ist nur: Weniger Aktivismus heißt nicht weniger Klimakrise. Das Klima interessiert sich nicht für den Burn-out der Klimabewegung. Und auch nicht für die ökologische Gleichgültigkeit einer Mehrheitsgesellschaft, an der diese Bewegung natürlich auch gescheitert ist. Es arbeitet weiter an seinen eigenen Schlagzeilen:

Der vergangene Januar war so heiß wie kein anderer seit Beginn der Aufzeichnungen.

Die Erderwärmung lag zuletzt erstmals in einer Periode von zwölf Monaten konstant über 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter.

Dazu kommen die Nachrichten von Staaten, die von ihren Klimazielen abrücken. Und Konzernen, die wieder Milliarden Dollar in die Förderung von Öl und Gas stecken wollen.

Offenbar gibt es einen Fehler im politischen System bei der Bearbeitung der atmosphärischen Realität. Wenn man so will, fällt die Zuständigkeit dafür nun wieder zurück in die Hände der Politik. Und damit auch in die Hände der Zivilgesellschaft. Und der Autofahrer. Gute Fahrt!

Beide Leitartikel finden Sie zum Hören unter www.zeit.de/vorgelesen

Mit 3 Seiten ZEIT für die Schweiz



Wohnungsnot in den Bergen

In Pontresina verdrängen Auswärtige die Einheimischen

Seite 16



Bin ich schon zu alt?

50 Jahre nach ihrer Fahrprüfung lässt sich unsere Autorin testen

Entdecken, S. 51

Der Schatz aus der Asche

Wie ein Forscher das Wissen über die Antike verändern könnte

Dossier, S. 13

PROMINENT IGNORIERT



Nacktschlaf

Rund um die Uhr berichtet die Deutsche Presse-Agentur über das Weltgeschehen, weshalb ihr eine gewisse Unruhe wesensgen ist, die sie nun zu einer drängenden Frage verdichtet hat: Schläft es sich nackt besser? Mithilfe eines Somnologen wird eine Antwort vorgetragen, die im »Absondern« von »Körpersäften« gipfelt. Entspannt zu Bett gehen kann jeder, der die Lektüre geschwitzt hat. USTO

Kleine Fotos (v. o.): Massimo Ripani/Huber Images; Sofia Brandes für DZ; plainpicture

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon: +49-40 / 32 80 - 10 E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbrief@zeit.de
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Abonnement Österreich, Schweiz, restliches Ausland
DIE ZEIT Leserservice, 20080 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49-40 / 42 23 70 70
E-Mail: abo@zeit.de

N° 8

79. JAHRGANG C 7451 C

